

Präsident

Johnson:

Unsere Macht ist ein lebens- wichtiger Schutz

Nachstehend die Rede Präsident Johnsons, die er auf der Pressekonferenz in Washington an die amerikanische Nation gerichtet hat.

Präsident Johnson bekräftigte im Zusammenhang mit der Truppenverstärkung in Vietnam die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, „die Kommunisten davon zu überzeugen, daß wir durch Waffengewalt niemals besiegt werden können. Denn hinter unserer Selbstverpflichtung stehen die Entschlossenheit und die wirtschaftliche Stärke der amerikanischen Na-



PRÄSIDENT JOHNSON

tion. Wenn die Kommunisten eingesehen haben, was wir heute schon wissen, daß eine Gewaltlösung nicht möglich ist, dann wird eine friedliche Lösung unausweichlich sein“, sagte er. Es habe sich aber bisher gezeigt, daß die Kommunisten nicht leicht zu überzeugen seien.

Johnson verwies darauf, daß seine bisherigen 15 Versuche zu einer friedlichen Lösung nicht

nur ohne Antwort geblieben sind, sondern daß die Kommunisten vielmehr in den vergangenen Monaten ihre Kampftruppen und ihre Angriffe verstärkt haben. Von amerikanischer Seite werde die Antwort darauf nicht ausbleiben: Die USA, sagte Johnson, würden die Anforderungen ihrer Militärs in Vietnam erfüllen.

Er unterstrich mit Nachdruck, alle diese Schritte seien sorgfältig bemessen, um der Aggression Einhalt zu gebieten und den Frieden herzustellen. „Wir wollen keine Ausweitung des Kampfes, deren Konsequenzen niemand übersehen kann“, sagte Johnson. „Wir wollen uns auch unserer Stärke nicht brüsten und uns groß aufspielen. Aber wir werden nicht den Rückzug antreten.“

Der Präsident brachte die Überzeugung der USA zum Ausdruck, daß auch die Aufgabe Vietnams keinen Frieden bringen würde. „Der Appetit einer Aggression wächst mit ihrem Erfolg“, sagte Johnson. „Der Kampf würde in einem anderen Land erneut aufflackern, dann im nächsten Land. Damit würde ein vielleicht viel größerer und noch grausamerer Konflikt entstehen.“

Die Dauer des Krieges in Vietnam ist nach Johnsons Worten nicht abzuschätzen: Das amerikanische Volk verstehe, daß keine schnelle Lösung gefunden werden könne. Es werde eine Aufgabe von Monaten, Jahren oder Jahrzehnten sein. Trotzdem gebe es im Augenblick keinen Grund, den nationalen Notstand auszurufen. Amerika stehe nicht vor der Wahl „Kanonen oder Butter“, obwohl die Bevölkerung nach seiner Überzeugung bereit sei, allen Notwendigkeiten der Zukunft entgegenzusehen. Er werde dafür sorgen, daß die Kräfte der USA immer so stark seien, um die nationalen Interessen zu schützen.

Seine Entscheidung zur Entsendung weiterer Truppen

nannte Johnson die „schmerzlichste Pflicht des Präsidenten“. Er finde es nicht leicht, die Blüte der amerikanischen Jugend in die Schlacht zu schicken. Er habe sie gesehen, gefüllt mit Hoffnungen und er wisse, daß ihre Mütter über diese Entscheidung weinen. Dieser Krieg sei schwierig, aber Amerika habe die schmerzliche Lektion gelernt, daß weder ein Rückzug Sicherheit, noch Schwäche den Frieden bringen.

Johnson berichtete, daß er kürzlich den Brief von der Mut-

ter eines Soldaten erhalten habe mit der Frage, warum die Vereinigten Staaten eigentlich in Südvietnam kämpften. Er habe schon wiederholt versucht, diese Frage zu beantworten, sagte Johnson. Das kommunistische Ziel sei es, „den Süden (Vietnams) zu erobern, der amerikanischen Macht eine Niederlage zu bereiten und die kommunistische Herrschaft über ganz Asien auszubreiten“. Die meisten nichtkommunistischen asiatischen Länder könnten allein der wachsenden Macht und dem gierigen Streben des asia-

tischen Kommunismus nicht widerstehen.

„Unsere Macht ist ein lebenswichtiger Schutz. Wenn wir das Feld in Vietnam räumen müssen, dann kann kein anderes Land jemals wieder das gleiche Vertrauen in unsere Zusage und unseren Schutz haben. In jedem Land würden die Kräfte der Unabhängigkeit geschwächt werden. Und ein Asien, das auf diese Weise von kommunistischen Beherrschung bedroht wäre, würde auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten selbst gefährden.“

Kirchentag beginnt die Diskussionen

Eröffnungssitzung mit Lübke — Grußtelegramm aus der Zone

Köln — In zahlreichen Arbeitsgruppen begann der Evangelische Kirchentag, der am Vorabend mit einer Feier im Köln-Müngersdorfer Stadion eröffnet worden ist, am Donnerstag mit der Diskussion von Einzelthemen. Im Vordergrund der Aussprachen stehen dabei Fragen der Bibelarbeit und der Kirchenreform.

Kirchentagspräsident Richard von Weizsäcker verlas zu Beginn der Eröffnungssitzung, an der Bundespräsident Lübke und der katholische Kölner Erzbischof Kardinal Frings teilnahmen, ein Telegramm des Greifswalder Bischofs Krum-

macher und des Dresdener Präses Mager. Der gemeinsame Glaube halte die evangelischen Christen über alle Grenzen hinweg unverbrüchlich zusammen, heißt es darin.

Als Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses betonte WDR-Intendant von Bismarck das Gemeinsame beider Konfessionen.

Der Kirchentag spiegle die Vielfalt der Formen evangelischer Frömmigkeit in einer Breite wider, wie kein anderes Werk der Kirche, erklärte Präses Scharf in einem Grußwort. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers betonte,

dieses Jahrhundert stehe im Zeichen des Aufbruchs der christlichen Konfessionen zueinander.

Als „Ausdruck einer brüderlichen Verbundenheit“ überbrachte der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Roesen, den Gruß seiner Kirche.

D-Mark neben Dinar

Die verschärfte Belgrader Stimmungsmache gegen die Bundesrepublik trifft in der jugoslawischen Bevölkerung auf scharfe Kritik: a) Vor allem in Kroatien und Slowenien, wohin zahlreiche westdeutsche Urlauber fahren. b) Bei den jugoslawischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik. Sie geben ihrer diesbezüglichen Meinung in Briefen an westdeutsche Zeitungen und Rundfunkanstalten Ausdruck. Aber auch an jugoslawische Zeitungen, die diese Leserbriefe nicht veröffentlichen. Familien in Jugoslawien, die Angehörige als Gastarbeiter in der Bundesrepublik haben, sollen ihre Steuern in DM-Devisen zahlen. Darüber heftige Erregung in Jugoslawien. Folge z. B. in der Herzegowina: Bauern und Handwerker geben ihre Waren nur noch gegen D-Mark ab. Der Dinar wird immer weicher. So wird die D-Mark in Jugoslawien zur zweiten „Landeswährung“ ...

Wolfsburg stellte neue „Käfer“ vor

VW erhöht die Preise nicht

Das Volkswagenwerk hält die Preise konstant. Wie am Donnerstag bei einer Vorstellung der neuen Typen in der Wolfsburger Stadthalle bekannt wurde, wird ab August ein VW 1300 mit 40 PS zum Preise der bisherigen Export-Limousine von 4980 Mark angeboten.

Er tritt an die Stelle des alten VW 1200, wobei die äußere Form weitgehend unverändert bleibt. Der VW 1500 und der „Variant“ bleiben beim alten

Preis von 5990 Mark bzw. 6390 Mark. Ebenso sind die Transporterpreise unverändert.

Die Preise für die neuen Modelle des Volkswagens 1600 mit sogenanntem Fließheck betragen für die Limousine 6690 Mark, für die Variant-Version 6980 Mark und für ein zweiseitiges Coupé 8750 Mark. Der VW 1200 a (früheres Standardmodell) erhält eine komfortablere Ausstattung und eine 34-PS-Maschine zum Preis von 4485 Mark.

Was die Freiheit wert ist!

Die Flucht aus der Sowjetzone geht weiter, trotz aller drakonischen Sperrmaßnahmen und Gefahren für Leib und Leben. Diesmal sei hier darauf hingewiesen, daß es nicht nur „Mauer-Durchbrecher“, Flüchtlinge durch Minenfelder, fast

Ganze Familie seilte sich ab

Berlin — Eine tollkühne Flucht über die Sektorengrenze nach West-Berlin gelang Donnerstag früh einer dreiköpfigen, aus der Sowjetzone stammenden Familie. Der 33jährige Mann, seine 32jährige Ehefrau und der neunjährige Sohn seilten sich an der Leipziger Straße vom Dach des „Haus der Ministerien“ ab und gelangten unentdeckt in die Freiheit.

täglich fliehende „Grepes“ und Volksarmisten gibt, sondern daß ebenso fast täglich Mitteldeutsche von den sowjetzonalen Schiffen fliehen, sobald sie in westlichen Küstengewässern oder Häfen sind: Mannschaften und Passagiere fliehen gleicherweise, obwohl alle sorgsam geprüft sind, bevor sie an einer derartigen Fahrt teilnehmen

In wenigen Worten

Bereits 1966 sollen jährlich bis zu 7 Mrd. cbm niederländisches Erdgas durch eine neue linksrheinische Leitung in die Bundesrepublik kommen.

Die amerikanische Fluggesellschaft Pan American World Airway wird zweimal wöchentlich die Strecke New York—Prag befiegen.

Das mit deutscher Hilfe erbaute indische Stahlwerk Rourkela soll weiter ausgebaut werden. Dies wurde in Gesprächen bekräftigt, die der indische Stahlminister Reddy mit der Bundesregierung in Bonn führte.

Der rumänische Forstwirtschaftsminister, Suder, hält sich gegenwärtig in der Bundesrepublik auf.

dürfen. Die Passagierschiffe „Völkerfreundschaft“ und „Fritz Heckert“, Renommierschiffe des SED-Regimes, haben noch keine einzige Reise außerhalb des kommunistischen Machtbereichs durchführen können ohne „Verlust“ durch Flüchtlinge. So sprangen in der Nacht zum 3. Juli zwei mitteldeutsche Männer und eine Frau, darunter ein Nichtschwimmer mit Schwimmweste, von der „Fritz Heckert“ in die rauhe, kalte See, als die norwegischen Lotsen das Schiff, 500 Meter von der norwegischen Küste entfernt, gerade wieder verließen. Dann setzte eine Wettfahrt zwischen dem norwegischen Lotsenboot und dem sofort herabgelassenen Boot der „Fritz Heckert“ ein, welche die Norweger gewannen. Sie konnten die drei Deutschen retten und ans Land bringen. Die norwegischen Lotsen bezweifelten, daß es den Flüchtlingen gelungen wäre, die Küste bei diesem Seegang aus eigener Kraft zu erreichen. Wer ein solches Risiko auf sich nimmt, weiß tatsächlich, was die Freiheit wert ist, die in einer Demokratie selbstverständlich und deshalb oft unbeachtet ist.

In der gleichen Nacht befanden sich unter sechs Flüchtlingen, die durch die Sperrzonen nach Niedersachsen entkommen konnten, drei „Volksarmisten“ in Uniform und mit Waffen. In London benutzte die 21jährige

Radsportlerin Monika Hornig, die mit acht anderen sowjetzonalen Radsportlerinnen an einer dortigen Sportveranstaltung teilgenommen hatte, die günstige Gelegenheit zur „Republikflucht“. Sie versteckte sich vor dem Abflug auf der Toilette des Flughafens, wo sie trotz allen Suchens von ihren Kameradinnen nicht entdeckt wurde, und bat dann die Deutsche Botschaft um Asyl. All diesen Fluchten sind qualvolle, lange Überlegungen und Ängste vorangegangen, denn fast jede Flucht bedeutet den Verzicht auf die bisherige gesicherte Existenz, auf persönliche Bindungen aller Art und ist ein Neubeginn in eine ungewisse Zukunft hinein, aber eben auch der Weg in die persönliche Freiheit.

Sozialpolitische Leistungen

1950 brachte der Bund für Sozialleistungen 5,3 Mrd. DM auf, 1964 waren es bereits 17,6 Mrd. DM und in diesem Jahr werden es 19,3 Mrd. DM sein. Von 1950 bis 1964 haben sich die gesamten öffentlichen Sozialleistungen um rund 330 % erhöht. Dennoch wird es keinen Stillstand geben. Fast ein Drittel der Ausgaben des Bundes dient der sozialen Sicherung. Annähernd die Hälfte davon entfällt auf soziale Kriegsfolgelasten.

Gewissensnot als Motiv der Flucht

Über die Gründe seiner Flucht befragt, gab der Flüchtling Heinz H. an, es seien nicht wirtschaftliche Motive gewesen. Er habe in Leipzig in der sogenannten volkseigenen Holzindustrie 1200 Mark brutto monatlich verdient, seine Frau im Büro des Messeamtes 650 Mark brutto monatlich. Nach seinen Angaben ist Heinz H. nicht nur Mitglied der SED, sondern auch überzeugter Kommunist gewesen.

In seinem Betrieb war er Gruppenorganisator der SED, der die Beschlüsse des ZK der

Partei zur Diskussion stellen mußte. Von Jahr zu Jahr sei er jedoch, so betonte er, immer größere Gesinnungsschwierigkeiten gekommen.

Besonders nach dem Bau der Mauer, bei der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und bei der Parole nach einem Friedensvertrag — von der heute niemand mehr spreche — sei dies deutlich geworden. Er habe eingesehen, daß die kommunistische Ideologie in den Lehrbüchern ganz anders aussehe als in der Praxis.

Boumedienne hat sich in Algerien durchgesetzt

Der Name Ben Bella vom Winde verweht

Alger — Ohne Murren hat sich die algerische Bevölkerung das Rauschgift der Ara Ben Bella abgewöhnen lassen: die Massenaufmärsche, Reden und Spruchbänder und die Begeisterungszenen bei jedem Auftreten des großen Führers. An Anlässen für solche Szenen hat es den Propagandisten nie gefehlt, ob es nun um den — sehr nützlichen — Tag des Baumes oder um eine Angalawoche, um Vietnam oder Palästina, um den Unfallschutz oder Sammlungen für die nationale Solidarität, für die Opfer der Erdstöße von Msila oder der Explosionskatastrophe von Annaba ging.

Das alles ist zerstorben wie der Name Ben Bella selbst. Sein Bild ist im Lande noch schneller verblaßt als bei den roten Freunden in aller Welt, die sich eine Zeitlang durchhaus nicht mit dem Verschwinden ihres Schützlings abfinden konnten. Und die Regierung Boumedienne tut nichts, was diesen Prozeß des Vergessens aufhalten könnte. So wird es sicherlich auch keinen Ben-Bella-Prozeß geben.

Die neue Disziplin in Algerien, die klar bezeichnete Kommandogewalt, gibt auch der staatlichen Verwaltung neue Arbeitsmöglichkeiten. Bisher hatten die Präfekten stets zurückstecken müssen, wenn sich ein örtlicher Partei- oder Gewerkschaftssekretär auf einen persönlichen Draht nach oben berufen konnte. Daraus resultierte ein Durcheinander, die lähmende Korruption, die Träg-

heit und Schlamperie, an der vielfach jeder ordnende und aufbauende Wille erlahmte.

Vor diesem Aufräumen sind auch die vielgepriesenen Selbstverwaltungsausschüsse der Arbeiter in den landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben nicht mehr sicher, die unter Ben Bella zum A und O des algerischen Sozialismus erhoben wurden, deren wirkliche Leistungen aber erheblich hinter einem vertretbaren Soll zurückblieben.

Obwohl die Führungsgruppe der Armee seit dem 19. Juni alle Schalthebel hält, hat Algerien äußerlich nichts von einem Militärregime. Hier sind nicht Berufsoffiziere Politiker geworden, sondern die politischen Führer in der Armee sind in ihre politischen Aufgaben zurückgekehrt.

Saragat in der Bundesrepublik

Staatspräsident Giuseppe Saragat, der in diesen Tagen der Bundesrepublik einen offiziellen Staatsbesuch abgestattet hat, war kein Unbekannter, als er in Bonn eintraf: In den Jahren, in denen er italienischer Außenminister war, hatten die deutschen Politiker ihn als einen Mann von klarem Verstand, von guten Grundsätzen und vor allem von einem regen Interesse für Deutschland und das deutsche Volk kennengelernt. All diese Eigenschaften, die ihn für uns schätzenswert machen, hat Saragat auch bei seinem Besuch in der Bundesrepublik wieder gezeigt. Er kam als gu-

ter Freund, und er hat unser Land als guter Freund verlassen, von dem man weiß, daß er immer ein Fürsprecher der Deutschen sein wird, wo immer sie Verständnis benötigen.

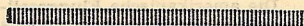
Rom — Bonn — Berlin

Präsident Saragat gehört zu den ausländischen Politikern, die von jeher dafür eintreten, Deutschland in jeder Hinsicht den ihm angemessenen Platz in Europa einzuräumen. Das ist nach seinen Erlebnissen in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit. Denn er gehörte zu den Opfern des Faschismus,

die wegen der Verfolgung durch Mussolini das Land verlassen mußten, und es war natürlich eine schwere Enttäuschung für ihn, daß Deutschland sich in den dreißiger Jahren mit dem faschistischen Italien verbündete. Um so höher ist es dem Präsidenten anzurechnen, daß er jetzt für die volle Gleichberechtigung Deutschlands eintritt. Die Wiedervereinigung unseres Landes hat unter den maßgebenden Politikern anderer Länder wenige so entschiedene Befürworter wie Giuseppe Saragat. Daß er bei seinem Staatsbesuch nicht nur nach Bonn, sondern auch nach Berlin gehen wollte, stand daher für ihn vom ersten Augenblick an fest.

Die Zukunft Europas

Eine aktuelle Bedeutung erhielt der Besuch Präsident Saragats durch die krisenhaften Spannungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sowohl in den Besprechungen zwischen dem italienischen Staatspräsidenten, Präsident Heinrich Lübke und Bundeskanzler Ludwig Erhard als auch in den Unterredungen zwischen den beiden Außenministern Amintore Fanfani und Gerhard Schröder ist die Lage in der EWG eingehend erörtert worden. Dabei konnte eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt werden. Mit Recht haben die offiziellen Vertreter der beiden Länder es aber nicht als ihre Aufgabe angesehen, gemeinsame Vorschläge für eine Lösung der Probleme auszuarbeiten. Die EWG-Krise muß von der EWG insgesamt gelöst werden.



Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin 42, Siebertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.